



Gemeinderat Mi, 20.05.2026

Jugendbeteiligung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion begrüßt die vorliegende Beschlussvorlage zur Jugendbeteiligung ausdrücklich. Aus eigener Erfahrung als aktive Alt-Jugendgemeinderatsmitglieder wissen wir, dass junge Menschen die Möglichkeit erhalten müssen, ihre Ideen, Anliegen und Erwartungen aktiv in die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse einzubringen. Gerade auf kommunaler Ebene erleben Jugendliche unmittelbar, wie politische Entscheidungen ihren Alltag beeinflussen – sei es bei Freizeitangeboten, Mobilität, Bildung, Digitalisierung oder öffentlichen Treffpunkten.

Mit dem vorliegenden Konzept wird ein wichtiger Schritt unternommen, um Beteiligung nicht nur punktuell, sondern dauerhaft und strukturiert zu ermöglichen. Besonders positiv bewerten wir, dass die bisherigen Erfahrungen aus der offenen Jugendarbeit und bestehenden Beteiligungsformaten aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Beteiligung darf kein symbolischer Akt bleiben, sondern muss echte Mitgestaltung ermöglichen.

Für die SPD ist dabei entscheidend:

- Jugendbeteiligung muss niedrigschwellig, transparent und kontinuierlich organisiert werden.
- Jugendliche brauchen feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung und des Gemeinderats.
- Ergebnisse aus Beteiligungsformaten müssen sichtbar in politische Entscheidungen einfließen.

- Unterschiedliche Lebensrealitäten junger Menschen müssen berücksichtigt werden, damit nicht nur bereits engagierte Jugendliche erreicht werden.

Ergänzend sehen wir die digitale Jugendpartizipation als unverzichtbaren Bestandteil moderner Beteiligungsprozesse. Jugendliche informieren und vernetzen sich heute überwiegend digital und erwarten auch dort Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Beteiligung muss deshalb dort stattfinden, wo junge Menschen kommunizieren: über soziale Medien, digitale Umfragen, Beteiligungsplattformen und hybride Veranstaltungsformate. Gerade im Rhein-Neckar-Kreis bieten digitale Angebote die Chance, Jugendliche unabhängig von Wohnort oder Mobilität besser einzubinden. Digitale Beteiligung kann persönliche Begegnungen sinnvoll ergänzen und die Reichweite kommunaler Beteiligungsprozesse deutlich erhöhen.

Darüber hinaus betrachten wir Jugendgemeinderäte als wichtige Keimzellen kommunalpolitischen Engagements. Viele junge Menschen sammeln dort ihre ersten Erfahrungen mit demokratischen Verfahren, politischer Verantwortung und kommunaler Entscheidungsfindung. Jugendgemeinderäte schaffen Verständnis dafür, wie Verwaltung und Gemeinderat arbeiten, und fördern zugleich die Bereitschaft, sich langfristig gesellschaftlich einzubringen.

Auch in Schwetzingen und den umliegenden Kommunen gab es bzw. gibt es gute Beispiele institutionalisierter Jugendbeteiligung. Die Erfahrungen aus Jugendgemeinderäten zeigen, dass junge Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und konkrete Ideen für ihre Städte und Gemeinden zu entwickeln. Dass es in Schwetzingen keinen Jugendgemeinderat mehr gibt, liegt sicherlich nicht an den Jugendlichen selbst, auch wenn das in der Vergangenheit gerne als Begründung herangezogen wurde. Wenn wir den § 41a aus der Gemeindeordnung ernst nehmen wollen, führt an der Wiederbelebung des Jugendgemeinderates kein Weg vorbei. Wir als Fraktion sind uns sicher, das ist ähnlich, wie in Brühl, wo beispielsweise ehemalige Jugendgemeinderäte (Michael Till) bei der Wiederbelebung eines Jugendgemeinderates tatkräftig unterstützt haben, es an Unterstützung nicht mangeln wird. Der Ball liegt hier bei der Verwaltung. Hier kann sie zeigen, wie ernst ihr eine institutionalisierte Jugendbeteiligung ist.

Für die SPD ist klar: Wer Demokratie stärken will, muss jungen Menschen früh Verantwortung zutrauen, Beteiligung ernst nehmen und politische Mitgestaltung dauerhaft ermöglichen. Jugendgemeinderäte und digitale Beteiligungsformate sind dabei keine Nebensache, sondern eine Investition in die demokratische Zukunft unserer Kommunen. Die SPD-Fraktion wird die weitere Umsetzung konstruktiv begleiten und unterstützt die Zielsetzung der Vorlage ausdrücklich.